WIRTSCHAFT UND ÖKOLOGIE 28.07.2014 | Peter Kreysler

Teure Rohstoffe: Irrweg statt Strategie?

Wie Spekulation an den Finanzmärkten die Rohstoffpreise immer weiter antreibt.

„Rohstoffversorgung verantwortungsvoll und nachhaltig sichern“ – so lautete der Titel des 4. Rohstoffkongress des Bundes der Industrie (BDI) vom Juli des Jahres. Der Titel ist Programm: Schon seit Jahren hat der BDI die Rohstoffpolitik als zentrales Politikfeld erkannt und fordert die deutsche Politik auf, sich hier beherzt zu engagieren.

Anders als etwa Frankreich, Großbritannien, die USA oder China verfügt Deutschland bekanntlich über keine großen Förderkapazitäten, um den Bedarf an Industriemetallen zu decken. Auch keiner der multinationalen Rohstoffproduzenten wie BHP Billiton, Glencore-Xstrata, Anglo American oder Rio Tinto haben ihre Firmenzentrale in Deutschland. China und Japan verfügen zumindest über eigene staatliche Agenturen, die sich um die Beschaffung von Rohstoffen kümmern und so die Versorgungssicherheit gewährleisten. Deutschland ist in dieser Hinsicht dagegen schlecht aufgestellt. Durch den Mangel einer staatlichen Rohstoffagentur (und eines aktiven Bergbau- oder Ölfördersektors), entsteht für die deutsche Industrie ein Wettbewerbsnachteil. Besonders besorgniserregend für die Industrie: In den vergangenen 10 Jahren haben die Rohstoffe einen exorbitanten Preisanstieg erfahren, der sich nicht nur durch die gesteigerte weltweite Nachfrage an Rohstoffen erklären lässt.

Preisexplosion durch Spekulation

Seit 2000 ist es möglich, auf Rohstoffpreise ungehindert zu spekulieren. Diese „Finanzialisierung des Rohstoffmarktes“ war möglich, weil in den USA die Gesetze im Finanzsektor gelockert wurden. Mit dem Ruf nach

„Befreiung von der Regulierung“ wurden 2000 gleich zwei radikale Gesetzesänderungen durchgesetzt. Der „Gramm-Leach-Bliley-Act“ hob Grenzen im Finanzgewerbe auf. Kurz darauf folgte der „Commodity Futures Modernization Act“. Mit diesen Gesetzen war der Weg frei für globale Bankhäuser und Finanzinstitute wie Goldman Sachs, Deutsche Bank oder Barclays Bank, ungehindert im Rohstoffsektor zu spekulieren.

Die neue Freiheit war nun so groß, dass mit undurchschaubaren Finanzprodukten wie „over the counter“ (OTC)-Produkten, also im sogenannten außerbörslichen Handel, stetig mehr Geschäfte gemacht wurden. Harald Schumann in seiner Food Watch Studie „Die Hungermacher“: „Anzunehmen ist, dass inzwischen mehr als 600 Milliarden Dollar im finanziellen Rohstoffgeschäft angelegt sind; das entspricht etwa einem Zehntel des Wertes aller weltweit gehandelten Aktien. Das führte zu einer Schieflage im Rohstoffmarkt, was folgende Zahlen illustrieren: Bis 1999 lag der Anteil der in diesem Markt zu rein spekulativen Zwecken gehaltenen Kontrakte bei nur rund 20 bis 30 Prozent des Gesamtvolumens. Gut zwei Drittel aller Kontrakte hielten dagegen die klassischen Interessenten für die Preissicherung beim Rohstoffhandel mit realen Rohstoffen, dem so genannten Hedging. Bis 2006 hatte sich dieses Verhältnis jedoch völlig umgekehrt: Seitdem gehen bis zu 80 Prozent aller Positionen auf das Konto der Spekulanten“.

Was macht die Spekulation mit den Preisen?

Auch wenn manche Finanzexperten noch immer bestreiten, dass dieser spekulative Handel auch Auswirkungen auf die Preisentwicklung an den Rohstoffbörsen hat: Die Zahlen sprechen eine andere Sprache. „Die Rohstoffpreise haben sich durchschnittlich in den letzten 10 Jahren verdreifacht und sind extrem volatil geworden“, so der Rohstoffexperte der Erklärung von Bern (EvB), einer Schweizer NGO, die den globalen Rohstoffmarkt kritisch beobachtet.

Kein Wunder also, dass die deutsche Auto-, Chemie- oder Elektroindustrie stöhnt. Ihr bleibt nichts anderes übrig, als sich die teuren Rohstoffe auf dem Weltmarkt zu besorgen. Erschwerend kommt in den letzten Jahren noch hinzu, dass neben der stark gewachsenen Nachfrage manche Rohstoffe auch durch Handelsbeschränkungen noch knapper verfügbar sind und so ernstzunehmende Engpässe für die Produktion drohen. Stichwort: Seltene Erden.

Als Reaktion auf diese zunehmend unsichere Versorgungssituation entwickelte die Bundesregierung seit 2010 eine Rohstoffstrategie, damit der „Exportweltmeister" Deutschland auch in Zukunft im weltweiten Wettbewerb nicht benachteiligt ist.

Hier formulierte die Bundesregierung die wichtigsten Kernziele, wie eine Rohstoffversorgung von nicht-energetischen mineralischen Rohstoffen in Deutschland sichergestellt werden kann.

Man erinnere sich: Ulrich Grillo warnte, dass der „zweite kalte Krieg“ wegen Rohstoffknappheit geführt wird, und sprach düster vom „baldigen Ende des Industriestandortes Deutschland“.

Immer noch sieht die Industrie in der Rohstoffversorgung die größten Probleme und Gefahren für den Produktionsstandort Deutschland.

Trotz diverser deutscher Rohstoffpartnerschaften mit einigen Förderländern wie Kasachstan, der Mongolei und neuerdings mit Peru hat sich nicht viel geändert. Immer noch sieht die Industrie in der Rohstoffversorgung die größten Probleme und Gefahren für den Produktionsstandort Deutschland, wie eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln (IW) zeigt. In der Studie „Rohstoffe für die Industrie“ werden die Bezugsquellen und die Abhängigkeit der deutschen Unternehmen genau analysiert:

Von 2000 befragten Unternehmen sehen demnach 75 Prozent die monopolisierte Situation des Rohstoffsektors als entscheidendes Handikap: „Preisanstieg und Preisschwankungen“ sei man hilflos ausgeliefert. „Die Mehrheit der Unternehmen sieht sich Wettbewerbsverzerrungen aufgrund von Marktmacht einzelner Rohstoffunternehmen ausgesetzt.“ Die Hälfte aller Unternehmen beziehe ihre Rohstoffe darüber hinaus von nur drei Bezugsquellen, was sie stark von den Oligopolen der Rohstoffkonzerne abhängig mache. Die Rohstoffstrategie der Bundesregierung hat nach Ansicht der deutschen Industrie bisher noch nicht richtig gegriffen. Dabei hatte die Bundesregierung in den letzten Monaten genügend Gelegenheit, die Rahmenbedingungen der europäischen Rohstoffpolitik entscheidend neu zu gestalten, um den Marktverzerrungen, den Monopolen und der Intransparenz entgegen zu wirken.

So wurde in den USA der Rohstoffmarkt unter anderem mit dem Dodd-Frank-Act transparenter gemacht. Die EU-Kommission wollte dagegen mit der EU-Transparenzrichtlinie nachlegen, wurde jedoch über Jahre von der schwarz-gelben Bundesregierung blockiert. Warum das so war,

hat in Brüssel und bei der EU-Kommission niemand so recht verstanden – und konnte auch bis heute nicht endgültig geklärt werden. Auch der BDI stellte sich gegen die Richtlinie in dieser Form. Der Spitzenverband setzt lieber auf die freiwillige Initiative der Extractive Industries Transparency Initiative, EITI.

Lieber freiwillig als verpflichtend

Auch mit der EU-MiFID-2-Richtlinie am 12.Juni 2014, die eine Spekulation mit Rohstoffen wirksam beschränken soll, ist die EU Politik letztlich gegenüber der Finanzindustrie eingeknickt. Hier führte der Europa-Parlamentarier Markus Ferber (CSU) die zentralen Verhandlungen. „Mit der sogenannten MiFID-2-Richtlinie sollen spekulative Exzesse an den Finanzmärkten künftig verhindert werden“ meint Ferber. Auch wenn er es für ein wirksames Instrument hält, um Spekulationen zu beenden, wie er mir in einem Gespräch versicherte, kommen bei Finanzexperten Zweifel auf. Angeführt wird in der Argumentation, dass bei MiFID die einzelnen EU-Länder selbst festlegen können, wie hoch die Positionslimits, d.h. die Anzahl der erlaubten Kaufverträge pro Händler sind.

Dass man auch anders gegen die einflussreichen Player im Rohstoffsektor vorgehen kann, zeigen die USA.

Foodwatch und andere deutsche NGOs warnen daher vor einem „Race to the Bottom“, in dem sich Länder gegenseitig unterbieten, um die Finanzindustrie an ihre Standorte zu binden. Ein schlechter status quo würde nun festgeschrieben, meint auch Oxfam. Und auch der ehemalige Chef-Volkswirt bei der UN-Organisation für Welthandel und Entwicklung (UNCTAD), Heiner Flassbeck, der jahrelang die Auswirkung der Rohstoffspekulation untersuchte, hält das „Gesetz für zu schwach“.

Die USA sind für die

Gefahren anders sensibilisiert

Dass man auch anders gegen die einflussreichen Player im Rohstoffsektor vorgehen kann, zeigen die USA. Hier wurde das Finanzinstitut Goldman Sachs vor den Bankenausschuss des Senats zitiert. Seit Jahren habe es durch seine Metall-Lagerhaltung eine künstliche Verknappung von Aluminium erzeugt, wie auch die New York Times berichtete. Dies scheint inzwischen eine branchenübliche Praxis zur Preiskontrolle im Industriemetallmarkt zu sein, wie auch eigene Recherchen bei britischen Metall-Insidern bestätigten. Nach Auskunft von Simon Hunt, einem britischen Kupferexperten, horten Banken und Rohstoffhändler Kupfer und Aluminium im großen Stil in Metall-Lagern, um die Preise hochzutreiben. 25 Prozent der Jahresproduktion von Kupfer, so schätzt Hunt, würden so der verarbeitenden Industrie systematisch entzogen.

Ein an die Öffentlichkeit gelangtes geheimes Memo von Goldman Sachs berechnet, dass sich durch diese spekulativen Eingriffe die Rohstoffpreise um 30 Prozent verteuern. Der Schaden allein für die US-Verbraucher wird mit 200 Milliarden US-Dollar beziffert, so die Hochrechnung des US-Bankenausschusses. Kein Wunder also, dass die deutsche Industrie unter hohen Preisen stöhnt. Ob da die Rohstoffstrategie der Bundesregierung Abhilfe schafft, bleibt abzuwarten. Helfen würde eigentlich nur ein konsequentes Verbot von Rohstoffspekulation, wie der SPD-Spitzenkandidat Peer Steinbrück es während des Bundestagswahlkampfes vergeblich forderte.



Peter Kreysler
Berlin

Peter Kreysler ist seit 1999 Autor und Radio Journalist und schreibt hautsächlich für die Feature Redaktion vom WDR und Deutschlandfunk. 2012 begab sich Peter Kreysler in die faszinierende Welt der Rohstoffe und recherchierte das Radiofeature „Rohstoffroulette: Das gefährliche Spiel um Platin, Petroleum und Palmöl" (WDR5/DLF/SWR). Seine intensiven Hintergrundrecherchen führten ihn nach Papua Neuguinea, in die Schweiz und in die City von London. Dabei sammelte er profunde

2 LESERBRIEFE

Dr. Norbert Eichler schrieb am 30.07.2014

Sehr geehrte Damen und Herren,
der Artikel enthällt sehr wenig Fakten, um die Behauptung zu untermauern. Dann wird auch noch die Spekulation von Finanzakteueren vermischt mit der Monopol- bzw. Oligopolbildung. Was denn nun? Liegen die Preissteigerungen nun an den Spekulanten oder an der Anbieterkonzentration? Könnte eventuell auch die Nachfragesteigerung (Chinas und anderer Staaten Rohstoffhunger) zu Preissteigerungen geführt haben? Die Nachfrageseite wird nicht mit einem Wort erwähnt. Der Artikel enthällt keine neuen Erkenntnisse oder Argumente. Die abschließende Frage: Warum musste der Artikel geschrieben werden?

Dr. Norbert Eichler schrieb am 22.02.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,
der Artikel enthällt sehr wenig Fakten, um die

Behauptung zu untermauern. Dann wird auch noch die Spekulation von Finanzakteueren vermischt mit der Monopol- bzw. Oligopolbildung. Was denn nun? Liegen die Preissteigerungen nun an den Spekulanten oder an der Anbieterkonzentration? Könnte eventuell auch die Nachfragesteigerung (Chinas und anderer Staaten Rohstoffhunger) zu Preissteigerungen geführt haben? Die Nachfrageseite wird nicht mit einem Wort erwähnt. Der Artikel enthällt keine neuen Erkenntnisse oder Argumente. Die abschließende Frage: Warum musste der Artikel geschrieben werden?
